

Betreff:**Möglichkeiten zur Teilhabe von Flüchtlingen im Ausschuss für Integrationsfragen****Organisationseinheit:**

Dezernat V

50 Fachbereich Soziales und Gesundheit

Datum:

22.06.2016

Beratungsfolge

Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

21.06.2016

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt vom 8. Juni 2016 wird wie folgt beantwortet:

Die Verwaltung wird diesen Vorschlag in ihre Überlegungen zur Beteiligung von Flüchtlingen einbeziehen. Schon jetzt besteht für alle Ratsfraktionen die Möglichkeit, aus dem Kreis der anerkannten Flüchtlinge eine Bürgerin/ einen Bürger zu benennen, der als Bürgermitglied mit Fluchtgeschichte für die kommende Ratsperiode vom Rat in einen Ratsausschuss berufen wird.

Zurzeit werden geeignete Beteiligungsformen für diejenigen, die noch einen Flüchtlingsstatus haben, geprüft. So ist die Bildung von demokratisch legitimierten Sprecherräten in den künftigen dezentralen Unterkünften geplant, in denen durch den längeren Verbleib der Flüchtlinge gute Voraussetzungen dafür bestehen. Weiterhin können dezentral in Braunschweig lebende Flüchtlinge über Braunschweiger Flüchtlingsorganisationen benannt und in den zentralen Sprecherrat für Flüchtlinge entsandt werden. Ziel der Bemühungen ist es das Engagement von Flüchtlingen insgesamt zu stärken und ihnen mit ihren Anliegen durch eine Interessenvertretung Gehör zu verschaffen. Somit können ihre Belange direkter in die Arbeit der Gremien und die Umsetzung des Integrationskonzeptes eingebunden werden.

Dr. Hanke

Anlage/n:

keine